

**Zeitschrift:** Neues helvetisches Tagblatt

**Herausgeber:** Escher; Usteri

**Band:** 2 (1799-1800)

**Artikel:** Einige Bemerkungen über die Form des gegen die Züricher-Interims-Regierung aus Auftrag des helvetischen Direktoriums angehobenen Prozesses

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-542550>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den, den Mittheiler zu nennen, viel weniger darüber zur Rechenschaft gezogen werden: in dessen fodert er Verweisung an eine Commission, weil die Frage, im allgemeinen genommen, Untersuchung verdient, wegen der genauen Verbindung in welcher sie mit den persönlichen Rechten der Mitglieder beider Rätthe steht.

Ruhn sagt: er verwundere sich sehr über die in der Botschaft stehende Aeußerung des Vollziehungsdirektoriums: daß ihm die Entdeckung desjenigen, der diesen Brief den Herausgebern des neuen helvetischen Tagblattes zugestellt habe, eben so sehr am Herzen liege, als die Wohlfahrt des Vaterlandes. Entweder müsse das Vollziehungsdirektorium die Wichtigkeit des ihm durch Bekanntmachung dieses Briefes in der öffentlichen Meinung geleisteten Dienstes nicht kennen, oder es müsse demselben wenig an der Wohlfahrt Helvetiens gelegen seyn; er glaube das erstere, und wolle also bemerken, daß die in dem gedachten Briefe enthaltene Aeußerung des frankischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, das Vollziehungsdirektorium von seiner Responsabilität wegen der gegen den bestimmten Buchstaben des Gesetzes laufenden Nichtloslassung einiger Geiseln in den Augen des Publikums sowohl, als seiner konstitutionellen Richter befreie, daß also das Direktorium, weit entfernt, sich über diese Bekanntmachung zu beschweren, sich vielmehr zu demselben Glück wünschen sollte.

Was denn die von dem Vollziehungsdirektorium vorgelegte Frage an und für sich betreffe, so sei es freilich dießmal noch nicht um die Untersuchung, ob die Bürger Usteri und Escher schuldig seien, den Einsender dieses Briefes zu nennen, sondern bloß um die Frage zu thun: wer, bei ihrer Weigerung, denselben anzuzeigen, ihr konstitutioneller Richter sei? Nichts desto weniger scheine ihm jene Frage so wichtig für die Aufrechthaltung der Rechte des Volkes, und für die Fortschritte zu veredeltern Begriffen, daß er sich nicht enthalten könne, auch über dieselbe sein Glaubensbekenntniß öffentlich abzugeben.

Nach seinem Bedünken bestche die Pressfreiheit in dem Recht, seine (oder anderer) Gedanken öffentlich bekannt zu machen, in sofern dieses den Rechten eines dritten (er möge seyn, wer er wolle: moralische oder physische Person), nicht schade. Der Staat, oder wenn man lie-

ber wolle, die Republik, oder das Volk. Direktorium, habe also nur dann das Recht, die Bekanntmachung einer Schrift rechtlich zu ahnden, wenn dieselbe ein Staatsgeheimniß ausmache, das ist, wenn durch ihre Bekanntmachung das Interesse und die Wohlfahrt der Republik auf irgend eine Art verletzt werden. Nun frage er: ob durch diejenige dieses Briefes die Harmonie zwischen der frankischen und der helv. Regierung, oder die Wohlfahrt der Republik, oder die Rechte des Volk. Direktoriums Eintrag erlitten haben? Er wenigstens glaube nichts von allem dem! Er sei überzeugt, daß keine von den obigen Grundsätzen des reinen Rechts ausgehende Regierung, wie die der frankischen Republik, weit entfernt, den Schleier des Geheimnisses über irgend eine, die Rechte der Freiheit einzelner Bürger interessirende Verfügung zu werfen, vielmehr wünschen müsse, daß die Beweggründe ihrer Handlungen in dieser Rücksicht öffentlich bekannt gemacht werden.

(Die Fortsetzung folgt.)

Einige Bemerkungen über die Form des gegen die Züricher-Interims-Regierung aus Auftrag des helvetischen Direktoriums angehobenen Prozesses.

So viel man aus den mit den einzelnen Gliedern der Interims-Regierung aufgenommenen Präcognitions-Verhören schließen kann, beruht der Prozeß, welcher gegen sie vor dem Kantonsgericht durch den öffentlichen Ankläger geführt werden soll, wesentlich auf dem Aufgebote eines Biquet-Bataillons von hiesiger Landmiliz, welches in englischem Sold, und unter den Befehlen der k. k. Generalität gestanden; mithin auf einem Beschluß der Interims-Regierung, welcher von ihr collectiv, und so viel ich weiß, einmüthig genommen worden ist. Wie kam nun ein Prozeß über diesen oder jeden andern gemeinschaftlichen Aktus der Interims-Regierung wenigstens in Absicht auf die Form zweckmäßig eingeleitet und geführt werden?

Freilich legte man den Gliedern der Interims-Regierung im Präcognitionsverhör die

etwas verhängliche Frage vor: „ob sie sich verpflichtet glauben, der helvetischen Nation über ihre Verwaltung Rechenschaft abzulegen? — Und ihr gutes Gewissen vermöchte sie, dieselbe fast einmüthig, jedoch unter einigen Restriktionen mit Ja zu beantworten. — Indessen schließt eine so treuherzige Bejahung, welche jeder mit dem Prozeß beschäftigten Stelle oder öffentlichen Person ein ähnliches Benehmen zur gedoppelt heiligen Pflicht macht, weder die Frage der Verantwortlichkeit überhaupt, auf welche sich zum Theil die erwähnten Restriktionen bezogen, noch auch diejenige der Form, unter welcher man allenfalls diese Rechenschaft fordern könne, und auf welche ebenfalls durch die beigefügten Restriktionen gedeutet wurde, aus. — Ich lasse für einmal die Frage über die Verantwortlichkeit selbst ganz bei Seite, und begnüge mich bloß, einige Bemerkungen in Absicht auf die Form zu machen.

Für das, was eine öffentliche Stelle oder moralische Person, die aus mehreren Individuen besteht, als solche collectiv gethan hat, kann sie vernünftiger Weise nur collective Rechenschaft ablegen. Gemeinschaftlich wurde ein Beschluß genommen, gemeinschaftlich soll er auch verantwortet werden. — Ich ließ mich seiner Zeit durch eine Masse von Gründen, die ich eben nicht verpflichtet gewesen bin, pünktlich im Gedächtniß zu behalten, bewegen, zu einem Beschluß zu stehen; derjenige, welcher mich darüber rechtlich zur Verantwortung ziehen will, ist also schuldig, mir alle Mittel an die Hand zu geben, meine damaligen Beweggründe vollzählig und bestimmt anzuführen. Mangelt zufälliger Weise auch nur ein einziger, so fehlt ihm eine wesentliche Angabe um meine Handlung richtig zu beurtheilen, und geht er so weit, mir in einer ohnehin so delikaten Angelegenheit irgend ein Subsidium juris von freien Stücken zu entziehen, so handelt er im höchsten Grad ungerecht. — Gesezt, ich verantworte mich aus diesem oder jenem Grund, (entweder weil ich von Natur schüchtern bin, oder weil mir die nöthigen Aktenstücke abgehen, und mir das Geschäft in allen seinen Beziehungen nicht mehr gegenwärtig ist, oder weil ich nicht genug Leichtigkeit habe, meine Gründe mündlich, und aus dem Stegreif bestimmt und vollständig anzuführen,) schlecht und unvoll-

ständig, — bin ich deswegen strafbarer als ein anderer, der sich aufs beste vertheidigt, oder soll etwa gar meine schlechtere Verantwortung noch die bessere meiner Kollegen schwächen? Unmöglich, das wäre ja auf Gefahr gehandelt.

Die Frage bleibt immer die: was für Gründe determinierten das ganze Collegium, welches die moralische Person ausmacht, im Augenblick der Handlung selbst? Es ist auffallend, daß diese damals in Masse auf dasselbe wirken konnten, wenn gleich jedes einzelne Mitglied sie jetzt nicht mehr bestimmt anzuführen und herzuzählen weiß. Der Richter ist mithin verbunden, das Collegium oder die moralische Person, so viel an ihm liegt, in die nemliche Lage zu versetzen, und auf den gleichen Standpunkt zurückzuführen, in welchem sie die Handlung, über welche man Rechenschaft fordert, begangen hat. Hemmt er durch seine Schuld die Gemeinschaft derjenigen Personen, welche den Beschluß gemeinschaftlich abgefaßt, und durch ihre Gründe gegenseitig auf einander gewirkt haben, so entzieht er ihnen eigenmächtig ein Rechtsmittel, das man ihnen zu ihrer Vertheidigung nicht versagen kann. — Aus allem diesem folgt von selbst, was ich gleich Anfangs gesagt habe, und was freilich schon in der Natur der Sache selbst liegt, daß nemlich eine moralische Person, die aus mehreren Individuen besteht, für das, was sie als solche gethan hat, nicht zerstückelt oder vereinzelt zur Verantwortung gezogen werden kann. — Alle Individua, die zu einem gemeinschaftlichen Beschluß Hand geboten haben, sind in dieser Rücksicht entweder gleich schuldig oder gleich unschuldig, mithin müssen ihnen auch die gleichen, und zwar gemeinschaftlichen Mittel zu ihrer Vertheidigung gegeben, und am Ende auch das gleiche Urtheil gegen sie gefällt werden.

Nun entsteht die Frage: was für eine Rechtsform kann am schicklichsten auf den vorliegenden Fall angewandt werden? — Ei nun, wird man antworten, was für eine andere, als die inquisitorische? — Dem bloßen Anschein nach zu urtheilen, sollte man freilich so denken; denn wenn es um ein Vergehen zu thun ist, so glaubt man nicht anders, als inquisitorisch verfahren zu können. Allein, wenn man die Sache etwas näher untersucht, so dürfte hier leicht eine Ausnahme statt finden. — Ich frage nämlich:



warum ist es wesentlich bei jedem Informativprozeß zu thun? — und antworte: 1) um Konstatirung der That, 2) um Ausmittlung des Thäters, und 3) um Ausfindigmachung der gravierenden oder entschuldigenden Umstände, unter welchen die That begangen ist. — In dieser dreifachen Rücksicht ist es notwendig, theils mit dem Thäter selbst, theils mit andern Personen, welche nähere Wissenschaft von der Sache haben können, Verhöre aufzunehmen, und allenfalls auch Confrontationen zwischen ihnen vorgehen zu lassen, um der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen. Wir wollen nun sehen, ob diese Verfahrungsart auf den gegenwärtigen Fall passe? — Ich behaupte, nein! Meine Gründe sind folgende: 1) Die Handlung ist aus dem Protokoll und den übrigen Aktenstücken der Interimsregierung mit allen Umständen vollkommen und hinlänglich konstatiert. — 2) Der Thäter ist durch die aufgenommenen Präcognitionsverhöre unwidersprechlich ausgemittelt, und niemand anders, als diejenigen Mitglieder der Interimsregierung, welche bei Abfassung des mehrerwähnten Beschlusses gegenwärtig gewesen sind. — Es wäre folglich 3) nur noch um Ausfindigmachung der gravierenden oder entschuldigenden Umstände, unter denen der Beschluß abgefaßt worden ist, zu thun. — Allein bereits habe ich bemerkt, daß diese Umstände schon vollständig in den Regierungsakten liegen, aus denen allein sie geschöpft, und so, wie sie gravierend oder entschuldigend sind, nur zusammengestellt werden dürfen. — Man wird mir vielleicht einwenden, gerade um das pro et contra gehörig abzuwiegen, und zu werthen, seien Verhöre, und allenfalls auch noch Confrontationen erforderlich. Zugegeben, sobald es darum zu thun ist, ausfindig zu machen, in wie fern der Eine oder Andere mehr oder weniger Antheil und Schuld an einem Vergehen habe. Daß dieß aber hier keineswegs der Fall sey, erhellt deutlich aus dem oben Gesagten, wo zur Genüge gezeigt worden ist, daß jedes Glied der Interimsregierung, welches seine Zustimmung zum Beschluß, als einer kollektiven Handlung, bei welcher Aktion und Reaktion der Mitglieder unter einander statt fand, — gegeben, gleiche Schuld wie alle andere habe, und keines mehrere Schuld als das andere haben könne. Nach allem diesem ergibt sich also

klar, daß der Informativprozeß hier bereits vollständig ist, und daß es folglich dabei überall keiner Inquisition bedarf. Sollte man mir etwa einwenden, einige, im Präcognitionsverhör sonst überflüssige Fragen seien eben so viel Winke zu genauer persönlicher Inquisition; so erwiedere ich, dieß beweise nichts anders, als daß man schon im Präcognitionsverhör gezeuht habe; keineswegs aber, daß, weil man einmal gezeuht habe, man nun auch wieder besseres Wissen weiter fort fehlen müsse. Es ist mithin außer allem Zweifel, daß zu gänzlicher Vollführung des Prozesses nichts weiter, als die förmliche Klage und Vertheidigung mangle. Die Abfassung von jener ist nach Anleitung der Constitution vom Direktorium dem öffentlichen Ankläger aufgetragen worden; dieselbe steht den Mitgliedern der Interimsregierung, und zwar, wie ich schon oben gesagt habe, kollektive zu, weil sie ebenfalls kollektiv gehandelt haben, als sie den osterwähnten Beschluß nahmen.

Mich dünkt nun, die Pflicht des Kantonsgerichts als constitutionellen Richters, (in so fern er sich je mit einem Prozeß, wegen des sen Rechtmäßigkeit überhaupt ich das Mehrere in der Untersuchung über die Verantwortlichkeit der Interimsregierung nachholen werde, befassen will) schränke sich ledigerdingen darauf ein, die auf den Prozeß Bezug habenden Aktenstücke sammeln, und aus dem Protokoll der Interimsregierung ausziehen zu lassen; dieselben nach eingetragener Kenntniß dem öffentlichen Ankläger zu Abfassung seiner Klage zuzustellen, hernach diese letztere nebst den nöthigen Subsidien den Mitgliedern der Interimsregierung zu schriftlicher und gemeinschaftlicher Verantwortung zu übergeben, und hierauf — vorbehalten, daß es weiter keine Widersprüche oder Dunkelheiten durch besondere Einfragen an die Glieder der Interimsregierung zu heben für nothwendig erachte, — auf die schriftlich eingegebene Klage und Vertheidigung hin, ein gesetzmäßiges Urtheil zu fällen.

Großer Rath, 16. Okt. Ratifikation des Verkaufs von 15 Nationalgütern im Leman.  
Senat, 16. Okt. Annahme des Beschlusses über den Belagerungs- Zustand der Gemeinden.